



Plenarprotokoll

35. Sitzung

Donnerstag, 12. September 2013

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Nachruf		Verbot von Weihnachtsfesten und Ramadanfesten auf öffentlichen Straßen und Plätzen in Friedrichshain-Kreuzberg ..	3422
Abgeordneter Thomas Kleineidam	3414	Kurt Wansner (CDU)	3422
Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches	3414	Regierender Bürgermeister	
Neuer Staatssekretär für die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen Boris-Michael Velter	3414	Klaus Wowereit	3422
Dank an Farhad Dilmaghani, ehemaliger Staatssekretär für die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen	3414	Kurt Wansner (CDU)	3423
Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde	3414	Regierender Bürgermeister	
Iris Spranger (SPD)	3415	Klaus Wowereit	3423
Matthias Brauner (CDU)	3415	Fabio Reinhardt (PIRATEN)	3423
Andreas Otto (GRÜNE)	3417	Regierender Bürgermeister	
Katrin Lompscher (LINKE)	3418	Klaus Wowereit	3423
Gerwald Claus-Brunner (PIRATEN)	3419	Schulen in freier Trägerschaft: Warum plötzlich die Änderung der Anerkennungszeiten?	3424
1 Mündliche Anfragen	3420	Stefanie Remlinger (GRÜNE)	3424
gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Senatorin Sandra Scheeres	3424
Drucksache 17/MA35		Stefanie Remlinger (GRÜNE)	3425
Vielfalt in der Berliner Verwaltung	3420	Senatorin Sandra Scheeres	3425
Franziska Becker (SPD)	3420	Regina Kittler (LINKE)	3425
Senatorin Dilek Kolat	3420	Senatorin Sandra Scheeres	3425
Canan Bayram (GRÜNE)	3421	Heidi Kosche (GRÜNE)	3426
Senatorin Dilek Kolat	3421	Senatorin Sandra Scheeres	3427
Anja Kofbinger (GRÜNE)	3422	Mehreinnahmen in Millionenhöhe durch Gebührenerhöhung	3427
Senatorin Dilek Kolat	3422	Dr. Simon Weiß (PIRATEN)	3427
		Senator Thomas Heilmann	3427

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit	3440	4	Stellungnahme des Senats zum Bericht des Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit für das Jahr 2012	3456
Neue Verträge für Musikschullehrerinnen und Musikschullehrer	3440		Vorlage – zur Kenntnisnahme – Drucksache 17/1103	
Thomas Birk (GRÜNE)	3440		Dr. Alexander Dix (Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit)	3456
Senatorin Sandra Scheeres	3440		Sven Kohlmeier (SPD)	3458
Thomas Birk (GRÜNE)	3440		Benedikt Lux (GRÜNE)	3458
Senatorin Sandra Scheeres	3440		Burkard Dregger (CDU)	3460
3 Aktuelle Stunde	3440		Uwe Doering (LINKE)	3461
gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin			Dr. Simon Weiß (PIRATEN)	3462
Berlin richtet Liegenschaftspolitik neu aus und ergreift Maßnahmen für schnellen Wohnungsneubau und bezahlbares Wohnen	3440		Ergebnis	3463
(auf Antrag der Fraktion der SPD) in Verbindung mit		5	Prioritäten	3463
23 Für besseren Mieterschutz im Kiez – Umwandlungsverordnung längst überfällig	3441		gemäß § 59 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin	
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/1133 in Verbindung mit		5.1	Priorität der Piratenfraktion	3463
27 a) Wohnungsneubau, bezahlbares Wohnen und Liegenschaftspolitik	3441	28	Berlin braucht endlich eine Gewaltschutzambulanz und Rechtsmedizinische Untersuchungsstelle zur Versorgung von kindlichen und erwachsenen Gewaltopfern – Voraussetzungen für eine anonyme Spurensicherung nach Sexualstraftaten schaffen	3463
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU Drucksache 17/1153			Antrag der Piratenfraktion Drucksache 17/1161	
b) Neue Wohnraumförderung vor allem für städtische Wohnungen – städtische Wohnungsbaugesellschaften wirtschaftlich stärken und sozial verpflichtet	3441		Christopher Lauer (PIRATEN)	3463
Antrag der Fraktion Die Linke Drucksache 17/1160			Sven Kohlmeier (SPD)	3464
Raed Saleh (SPD)	3441		Christopher Lauer (PIRATEN)	3465
Antje Kapek (GRÜNE)	3443		Sven Kohlmeier (SPD)	3465
Matthias Brauner (CDU)	3444		Anja Kofbinger (GRÜNE)	3465
Antje Kapek (GRÜNE)	3444		Sven Rissmann (CDU)	3466
Florian Graf (CDU)	3445		Christopher Lauer (PIRATEN)	3467
Udo Wolf (LINKE)	3448		Sven Rissmann (CDU)	3467
Oliver Höfinghoff (PIRATEN)	3450		Dr. Wolfgang Albers (LINKE)	3468
Bürgermeister Michael Müller	3451		Ergebnis	3468
Wolfram Prieß (PIRATEN)	3455	5.2	Priorität der Fraktion der SPD	3468
Ergebnis	3456	8	Mindestlohngesetz für das Land Berlin (Landesmindestlohngesetz)	3468
			Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU Drucksache 17/1152 Erste Lesung	
			Birgit Monteiro (SPD)	3469
			Sabine Bangert (GRÜNE)	3470
			Dr. Niels Korte (CDU)	3471
			Elke Breitenbach (LINKE)	3472
			Birgit Monteiro (SPD)	3473

(Dr. Simon Weiß)

Ich freue mich jedenfalls auf eine ausführliche und konstruktive Beratung dieses Datenschutzberichts im Ausschuss, sodass wir dann zu gegebener Zeit hier noch einmal über entsprechende Ergebnisse reden können, und ich wünsche Herrn Dr. Dix ein erfolgreiches nächstes Jahr. – Vielen Dank!

[Beifall bei den PIRATEN, den GRÜNEN
und der LINKEN]

Vizepräsident Andreas Gram:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Weiß!

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. – Herr Dr. Dix! Auch ich danke Ihnen im Namen des gesamten Hauses für Ihre geleistete Arbeit.

[Allgemeiner Beifall]

Einvernehmlich wird empfohlen, die Vorlage bzw. den Jahresbericht an den Ausschuss für Digitale Verwaltung, Datenschutz und Informationsfreiheit zu überweisen. – Widerspruch höre ich nicht. Dann verfahren wir so.

Nun kommen wir zur

lfd. Nr. 5:

Prioritäten

gemäß § 59 Abs. 2 der Geschäftsordnung
des Abgeordnetenhauses von Berlin

Ich rufe auf

lfd. Nr. 5.1:

Priorität der Piratenfraktion

Tagesordnungspunkt 28

**Berlin braucht endlich eine
Gewaltschutzambulanz und Rechtsmedizinische
Untersuchungsstelle zur Versorgung von
kindlichen und erwachsenen Gewaltopfern –
Voraussetzungen für eine anonyme
Spurensicherung nach Sexualstraftaten schaffen**

Antrag der Piratenfraktion
Drucksache [17/1161](#)

Auch hier haben die Fraktionen jeweils eine Redezeit von bis zu fünf Minuten zur Verfügung. Es beginnt die Piratenfraktion, und der Kollege Lauer hat das Wort. – Bitte sehr!

Christopher Lauer (PIRATEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich hätte mir natürlich gewünscht, dass gerade bei der Koalition mehr Abgeordnete da wären, aber es hat ja auch sein Gutes, denn wenn man eine sofortige Abstimmung beantragt, könnte man vielleicht den Antrag

direkt annehmen, wenn die Opposition dann an einem Strang zieht.

Was ist eine Gewaltschutzambulanz für die Opfer von Sexualstraftaten? – Es ist eine Ambulanz, die in Berlin eingerichtet werden müsste, damit die Opfer von Sexualstraftaten die Möglichkeit haben, diese Straftaten erst mal anonym sichern zu lassen, denn wir haben im Moment in Berlin das Problem – was man in anderen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen oder Hamburg nicht hat –, dass Sie die Spuren einer Sexualstraftat nur dann gerichtsfest sichern können, wenn das auch gleichzeitig mit einer Anzeige verbunden ist. Diese Spuren müssen relativ schnell gesichert werden, nämlich spätestens 72 Stunden nach der Tat, und Sie haben bei der Art dieser Straftaten das Problem, dass die davon Betroffenen in der Regel nicht in der Lage sind, 72 Stunden nach einer solchen Tat diese anzuzeigen, und zwar insbesondere auch deshalb, weil Sie bei den Tätern eine Struktur haben, dass es oft Menschen aus dem Bekanntenkreis oder sogar aus der eigenen Familie sind, die dafür verantwortlich sind, dass jemandem so etwas widerfährt. Es ist leider – leider in Anführungszeichen – nicht immer der finstere Typ, der beim Joggen hinter einem Gebüsch hervorgesprungen kommt und dann Dinge tut.

Viele sind nach der Tat nicht in der Lage, eine solche Anzeige zu erstatten, und mit diesem Antrag würde ein weiterer Missstand in Berlin aufgehoben: Die betroffenen Personen bekämen dann auch in Berlin in dieser Gewaltschutzambulanz die Behandlung, die sie bekommen würden, wenn sie eine Anzeige erstatten würden, und u. a. gehört dazu die Aidsprophylaxe. Es gibt Medikamente, die sie direkt nach einem solchen Vorfall bekommen können, die dafür sorgen können, dass sie sich im Zweifelsfall nicht mit HIV anstecken. Die Medikamente bekommen sie aber nur, wenn sie sagen: Ich wurde vergewaltigt. Ich habe Anzeige erstattet. Eine Gewaltschutzambulanz in Berlin würde es ermöglichen, solche Straftaten 24 Stunden am Tag an sieben Tagen in der Woche gerichtsfest zu sichern und die anonyme Sicherung dieser Spuren zu ermöglichen. Die Kosten betragen 1,2 Millionen Euro im Jahr – und hier kommen wir zum Problem: Im aktuellen Gesundheitshaushaltsplan sind nur 110 000 Euro für eine solche Gewaltschutzambulanz eingestellt. Nach der Kalkulation der Charité brauchen Sie schon allein für 1,2 Ärzte und 1,2 Sekretärinnen für die Koordination dort 158 000 Euro im Jahr.

Vielleicht wird später der Hinweis darauf kommen: Der Gesundheitshaushalt wird ja schon nächste Woche beschlossen. – Ich glaube, die Haushaltspolitiker sehen das meistens anders. Ich sehe da noch Spielraum, wenn das alles spätestens in der zweiten Lesung im Oktober geschehen wird. Ich würde mich freuen, wenn wir – auch fraktionsübergreifend – in der Lage wären, diese 1,2 Millionen Euro für die Opferschutzambulanz aufzubringen. Es lässt sich nicht erklären, warum es in Städten

(Christopher Lauer)

wie Hamburg möglich ist, warum es in Ländern wie NRW flächendeckend möglich ist und es in Berlin noch immer keine Gewaltschutzambulanz für die Opfer von Sexualstraftaten gibt.

[Beifall von Philipp Magalski (PIRATEN)]

Das Traurige an der Stelle ist: Wenn man sich mit der Rechtsmedizin in der Charité unterhält, sagen sie: Wir brauchen eigentlich vier solcher Gewaltschutzambulanzen in Berlin. – Wir haben noch nicht mal eine.

Wenn wir die 1,2 Millionen Euro innerhalb der Haushaltsberatungen zusammenbekämen, würde ich mich sehr freuen. – Vielen lieben Dank!

[Beifall bei den PIRATEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Lauer! – Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Kohlmeier das Wort. – Bitte sehr!

Sven Kohlmeier (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich, dass es eine ernsthafte rechtspolitische Initiative der Piraten gibt, über die es lohnt, hier in diesem Hause zu beraten. Die Piraten fordern eine Gewaltschutzambulanz, um allen Betroffenen von sexualisierter Gewalt, häuslicher Gewalt und Kindesmisshandlung eine zentrale Stelle insbesondere für die anonyme Spurensicherung zu bieten.

In Berlin ist die momentane Situation so, dass Spuren von Gewalttaten erst nach einer Strafanzeige gesichert werden. Teilweise sind Spuren von sexualisierter oder häuslicher Gewalt jedoch nicht besonders lange haltbar und nach 24 bis 72 Stunden auch nicht mehr ergiebig. Polizeiliche Erfahrungen zeigen uns, dass es eine hohe Hemmschwelle gibt, solche Delikte unmittelbar nach dem Vorfall anzuzeigen. Bei vielen Betroffenen überwiegt das Schamgefühl. Deshalb – und das schreiben Sie in der Begründung auch zutreffend – muss möglichst zeitnah nach der Tat die Gelegenheit eingeräumt werden, alle Spuren und Verletzungen gerichtsfest zu dokumentieren.

[Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Es werden sich also viele in diesem Haus einig sein: Berlin braucht eine solche Gewaltschutzambulanz.

Nun gibt es das Spiel – das es in der Politik oft gibt – von dem Hasen und dem Igel: Wer war mit der Idee eigentlich zuerst da?

[Ach ja! von der LINKEN]

Von dem von mir sehr geschätzten Senator Heilmann wurde bereits Anfang des Jahres festgestellt, dass es in Berlin – anders als in anderen Bundesländern, wie z. B.

Hamburg, Schleswig-Holstein, Bayern oder Nordrhein-Westfalen – bisher keine Gewaltschutzambulanz gibt. Auch für Kinder gibt es bisher keine ambulante Möglichkeit der interdisziplinären medizinischen und psychologischen Abklärung bei Verdacht auf Kindesmisshandlung und sexualisierte Gewalt. Senator Heilmann schlägt daher ein Modellvorhaben bei der Charité vor. Es soll ein direkter Zugang gewährleistet werden und eine Trennung von Patientenversorgung und Versorgung von Gewaltopfern sichergestellt werden.

Und da unser Justizsenator nicht nur ideenreich ist, sondern auch zielorientiert vorgeht, finden Sie im aktuellen Haushaltsplan der Justizverwaltung auf Seite 19 die Position „Zuwendung an die Charité „Opferschutzambulanz“. Dafür sind 110 000 Euro für das Modellprojekt eingestellt. Weitere 110 000 Euro sind im Gesundheitsbereich eingestellt worden, sodass für das Modellprojekt – wenn denn der Haushalt von diesem Haus beschlossen würde – 220 000 Euro zur Verfügung gestellt werden. So gesehen ist der Justizsenator der Igel, der schon da ist, und Sie sind der Hase, der zu spät kommt.

[Zuruf von Heidi Kosche (GRÜNE)]

Der Justizsenator ist natürlich nicht der Spiritus rector einer Opferschutzambulanz, sondern hat bestimmt einen Blick über unsere Landesgrenzen in andere Bundesländer geworfen – was in diesem Fall sehr erfolgreich war.

Die SPD-Fraktion unterstützt das Signal einer Opferschutzambulanz, egal von wem diese Idee letztendlich kommt. Ich freue mich, wenn die Piratenfraktion in den Haushaltsberatungen dann Farbe bekennen und dem Haushaltsplan ihre Zustimmung geben wird, damit die Opferschutzambulanz im nächsten Jahr finanziell abgesichert wird.

Zunächst also steht die finanzielle Absicherung der Opferschutzambulanz an. Ich bin mir sicher, dass Justizsenator Heilmann wie auch in der Vergangenheit den Rechtsausschuss über neue Konzepte für eine Opferschutzambulanz aus seinem Hause informieren wird. In diesem Rahmen können wir dann auch diskutieren, wie eine solche Ambulanz ausgestattet werden soll und wie sie funktioniert.

[Zuruf von Michael Schäfer (GRÜNE)]

Ich bedanke mich, dass Sie die Koalitionsfraktionen bei der Einrichtung einer Opferschutzambulanz unterstützen. Herzlichen Dank!

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Kohlmeier! – Das Wort zu einer Kurzintervention hat der Herr Abgeordnete Lauer. – Bitte sehr!

Christopher Lauer (PIRATEN):

Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kohlmeier! Wenn wir am Ende des Tages eine mit jährlich 1,2 Millionen Euro ausgestattete Opferschutzambulanz bekommen, bin ich auch später bereit zu behaupten, dass es eine Idee der Koalition war, weil es mir darum geht, dass wir das durchbekommen.

Der Punkt, wo wir uns anscheinend noch nicht einig sind, ist, mit welchen Mitteln man diese Ambulanz ausstattet. Haben wir quasi eine Opferschutzambulanz light, wo es nur einen Facharzt gibt, oder haben wir im Grunde genommen die Opferschutzambulanz, wo Sie 24 Stunden am Tag sieben Tage die Woche hingehen können, wo Sie mehrere Ärzte haben, wo Sie die Fachärzte haben, die auch herangezogen werden können? Wir müssen meiner Meinung nach ein bisschen aufpassen, dass wir, wenn wir das machen, was Sie mit den 110 000 Euro geplant haben, bei den Bürgerinnen und Bürgern nicht den Eindruck erwecken, wir hätten eine ganz tolle Opferschutzambulanz. Wenn dann Leute, die anonym Spuren sichern lassen wollen, die Erfahrung machen müssen: Ich kann gerade nicht hingehen, weil es nach 18 Uhr ist, ich kann die Spuren nicht sichern lassen. – wie auch immer diese Light-Version, die Sie geplant haben, aussieht –, kann das dazu führen, dass diese Personen in ihrer traumatischen Situation noch mehr traumatisiert werden.

Schauen Sie sich die Zahlen von der Charité an! Da sagt man ganz klar, für zwei Personen in dieser Stelle benötige man 158 000 Euro. Wir haben nur 110 000 Euro in den Justizhaushalt eingestellt, aber die Kosten für 24 Stunden am Tag sieben Tage die Woche sind, wie gesagt, 1,2 Millionen Euro. Ich bin der Meinung – das können Sie teilen oder anderer Meinung sein –, dass es für uns als Politik sehr schwer wird zu argumentieren, warum man bei allen Projekten des Landes Berlin, bei allen Mehrausgaben, die wir bei Bauprojekten oder anderen Fehlplanungen teilweise haben, nicht 1,2 Millionen Euro im Jahr hat, um eine solche Sache einzurichten, die es im Land Berlin nicht gibt und die für die von solchen Straftaten Betroffenen eine deutliche Hebung der Lebensqualität wäre. Wenn wir in diesen Haushaltsverhandlungen die 1,2 Millionen Euro nicht lockermachen können, sind wir – auch die Opposition – unter einem Rechtfertigungsdruck.

[Beifall bei den PIRATEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Lauer! – Möchten Sie antworten, Herr Kohlmeier? – Bitte sehr!

Sven Kohlmeier (SPD):

Liebe Kollegen der Piratenfraktion! Wir wollen Ihnen keine Nachhilfe im Haushaltsrecht geben, aber eine Anmerkung sei erlaubt:

[Zuruf von Oliver Höfinghoff (PIRATEN)]

Wenn Sie 1,2 Millionen Euro für ein bestimmtes Projekt einstellen wollen, von dem in diesem Haus wohl alle überzeugt sind, dass wir es in Berlin brauchen, dann müsste nicht ein Antrag auf fünf Seiten in Textform geschrieben, sondern ein Antrag zur Änderung des Haushalts gestellt werden. Die Möglichkeit haben Sie offenbar, weil der Gesundheitsausschuss nächste Woche tagt. Der Rechtsausschuss tagt ebenfalls nächste Woche. Dann machen Sie doch einen Vorschlag zur Änderung des Haushalts, kapitel- und titelkonkret mit den entsprechenden Summen, und machen einen Gegenfinanzierungsvorschlag, dann kann man es als Anlass nehmen, darüber zu diskutieren! Aber mit einem fünfseitigen Textantrag

[Steffen Zillich (LINKE): So wie bei den Wohnungsbauanträgen der Koalition! –
Zuruf von Oliver Höfinghoff (PIRATEN)]

verschieben Sie weder Millionen noch helfen Sie den Betroffenen.

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Kohlmeier! – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt das Wort die Frau Abgeordnete Kofbinger. – Bitte sehr!

Anja Kofbinger (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Meine Damen und Herren! Erst einmal ist es doch ein bemerkenswerter Umstand, es ist Wahlkampf, und wir sind uns einig, darüber sollten wir uns jetzt einmal eine Runde freuen.

[Beifall bei den GRÜNEN und den PIRATEN]

So, das reicht.

Jetzt geht es um ein wirklich wichtiges Thema, und ich möchte gerne ein Thema innerhalb dieses Themas aufgreifen. Ich möchte mich jetzt nicht in die Finanzdiskussion einmischen, ob es wirklich 1,2 Millionen Euro braucht oder ob die Anschubfinanzierung, so sehe ich das, mit 110 000 Euro jetzt nun ausreicht und noch einmal 110 000 Euro bei Gesundheit nötig sind – der Einstieg ist das Wichtige. Das ist auch das richtige Zeichen.

Mir geht es als Frauen- und Gleichstellungspolitikern, als die ich heute hier zusammen mit den Rechts- und Innenpolitikern stehe und diese Rederunde bestreiten werde, im Wesentlichen darum, dass zwei Dinge geschehen müssen: Es muss diese anonyme Spurensicherung geben. Die gibt es in Berlin noch nicht. Das ist ein misslicher Umstand. Ich werde jetzt auch nicht anfangen wie

(Anja Kofbinger)

der Kollege von der SPD oder Herr Heilmann von der CDU zu behaupten, die Grünen hätten es erfunden.

[Heiterkeit bei Oliver Höfinghoff (PIRATEN)]

In der Tat ist es so, dass unter einer rot-grünen Regierung in Nordrhein-Westfalen 2011 dieses Projekt gestartet wurde, und zwar in Köln. Und da hat man eben sehr gute Erfahrungen gemacht.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Oliver Höfinghoff (PIRATEN): Ich will jetzt nichts sagen, aber wir haben es erfunden!]

Und ich freue mich außerordentlich, dass ich heute den CDU-Justizsenator Heilmann loben kann, dass er sich das ganz offensichtlich angeschaut hat und ohne Vorbehalte parteipolitischer Natur dazu durchgerungen hat, dieses wunderbare Projekt jetzt mit nach Berlin zu nehmen. Deshalb sind wir auf seiner Seite. Ich glaube, es gibt auch – ich gucke jetzt mal kurz zu meinem Gesundheitspolitiker – nichts gegen diese 110 000 Euro im Haushalt einzuwenden. So ist das, da freue ich mich.

[Karlheinz Nolte (SPD): Lieber auf Herrn Esser schauen!]

Aber noch einmal zurück zur anonymen Spurensicherung. Wir wissen, dass die Vergehen, Verbrechen, Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in den aller seltensten Fällen verurteilt werden. Das ist der missliche Umstand, mit dem wir hier auch umgehen. Denn letzten Endes soll eine solche anonyme Spurensicherung gerichtsfestes Material sichern, und wenn sich das Opfer innerhalb einer gewissen Frist, es sind zehn Jahre, irgendwann einmal zu einer Anzeige entscheiden sollte, diese herbeigezogen werden können. Das ist das, was im Kern dahintersteckt. Deshalb ist der Umstand, dass wir eine anonyme Spurensicherung jetzt in Berlin haben werden, schon einmal gut. Im Vergleich mit den anderen Bundesländern hinken wir hinterher, aber wir werden uns jetzt auf diesen Weg begeben. Wir haben eine grotten-schlechte Verurteilungsquote z. B. was die Straftat Vergewaltigung angeht, ca. 700 Vergewaltigungen werden jedes Jahr angezeigt. Ein Bruchteil kommt überhaupt nur zum Prozess. Verurteilungen in dem Bereich sind es unter 20 im Jahr. Das kann nicht sein. Wir gehen bei der Straftat Vergewaltigung davon aus, dass nicht 700 Vergewaltigungen in Berlin pro Jahr passieren, sondern 10-, 12- oder 15-mal mehr.

Dann kommen wir auch zu den Beratungsstellen. Da sieht es ähnlich aus. Da sehen wir, dass LARA – das ist die Beratungsstelle für vergewaltigte Frauen und Mädchen – ungefähr 650 Beratungen im Jahr durchführt, und in 6 Prozent der Fälle, also ungefähr 40, gibt es eine Anzeige. – Und warum ist das so? Warum führen 600 Beratungen in diesem Bereich nicht zu einer Anzeige? – Das ist ganz einfach. Die Zeugenaussage dieser Zeugin ist das schwächste Glied in der Kette, das sagt Ihnen auch jeder Strafverteidiger oder jede Strafverteidigerin: Da kriege ich meinen Mandanten aber frei. – Ohne Spurensicherung

wird es nicht zu mehr Verurteilungen kommen. Das können wir uns gesellschaftspolitisch nicht leisten. Das sind schwere Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, und die müssen wir mit aller Härte verfolgen. Wir müssen sie auch ahnden. Und jeder Baustein, der dazu beiträgt, dass es zu einer besseren Aufklärung von Straftaten kommt, dass es zu einer größeren Verurteilungsquote der Täter kommt, ist hilfreich und wird gerne genommen, auch von meiner Fraktion. Deshalb, glaube ich, dass wir da noch zusammenkommen werden.

Noch kurz zum Antrag der Piraten, auch wenn er lang ist: Es gibt nichts gegen eine Gewaltschutzambulanz einzuwenden. Das ist eine alte Idee, das so zu machen. Gerade die beratenden Projekte sind sehr damit einverstanden. Ob die aber 1,2 Millionen Euro kosten muss, das würde ich gerne mit Ihnen in den Fachausschüssen beraten, weil Sie hier doch eine sehr lange Liste von Fachärztinnen und Fachärzten, die zur Verfügung stehen müssen, aufgelistet haben. Ich möchte Ihnen ans Herz legen, sich das sehr gute NRW-Projekt anzugucken. Ich habe hier einen Flyer dabei, den gebe ich gleich Herrn Heilmann, falls er den noch nicht kennt, sonst kriegt ihn der Pirat. – Man kann das auch alles ganz normal in Krankenhäusern durchführen. Das wurde z. B. –

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Sie müssten bitte zum Schluss kommen!

Anja Kofbinger (GRÜNE):

Und damit komme ich auch zum Ende. – das wurde z. B. in Bonn und Umgebung an zwölf verschiedenen Stellen gemacht. Ich glaube, das wäre ein Weg, den wir auch gemeinsam beschreiten können. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit für dieses wichtige Thema!

[Beifall bei den GRÜNEN und den PIRATEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Frau Kofbinger! – Für die CDU-Fraktion hat jetzt das Wort der Herr Abgeordnete Rissmann. – Bitte sehr!

Sven Rissmann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das, was Frau Kollegin Kofbinger zu viel geredet hat, kann ich weniger reden, weil ich nämlich feststellen kann, dass wir uns in der Sache offenbar alle einig sind und meine drei Vorredner das Projekt oder die Einrichtung einer Opfer-/Gewaltschutzambulanz ausreichend beschrieben haben. Also muss ich das auch nicht mehr tun.

So bleibt es, dass ich festhalten kann, dass der Antrag der Piraten überflüssig ist, weil die Justizverwaltung dieses

(Sven Rissmann)

Projekt bereits – und das sage ich Ihnen jetzt einmal – im Doppelhaushalt in Kapitel 0600, Titel 684 06, Seite 22 oben in Band 5, Einzelplan 06 des Haushaltsplanentwurfs mit 110 000 Euro etatisiert hat unter dem Stichwort „Zuwendung an die Charité, Opferschutzambulanz (neu)“. Hätten Sie den Haushaltsplan gelesen, hätten wir uns diese Rederunde sparen können.

[Zuruf von Simon Kowalewski (PIRATEN)]

Da Sie jetzt behaupten, es gehe Ihnen darum, dass Sie mehr als 110 000 Euro haben wollen, wäre es richtig gewesen, wenn Sie nächsten Mittwoch im Rechtsausschuss einen Änderungsantrag gestellt hätten, statt 110 000 Euro 200 000 Euro, 1 Million, 10 Milliarden oder was auch immer anzusetzen, jedenfalls ist diese Rederunde überflüssig.

Wir sind für die Einrichtung einer Opferschutzambulanz und werden deshalb im Rechtsausschuss den Haushaltsplanentwurf auch an dieser Stelle unterstützen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Rissmann! – Das Wort zu einer Kurzintervention hat der Herr Abgeordnete Lauer. – Bitte sehr!

Christopher Lauer (PIRATEN):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Rissmann! Dann hat das ja doch nicht so gut funktioniert, wie wir das eben noch am Rande des Plenums, wie es so schön heißt, besprochen haben. Ich finde es erst einmal sehr charmant, dass Sie hier sagen, Anträge seien überflüssig. Das weise ich hier an der Stelle zurück. Ich finde, Sie haben das nicht zu kommentieren, wenn hier eine Fraktion von ihrem Recht Gebrauch macht, Anträge zu stellen.

[Beifall bei den PIRATEN –
Oh! von der CDU und der SPD]

Zweitens zielen Sie darauf ab, dass wir einen Änderungsantrag stellen könnten. Ja, wir können natürlich einen Änderungsantrag stellen,

[Zuruf von Sven Kohlmeier (SPD)]

aber die Sache an der Geschichte ist doch auch, dass wir hier die Priorität an dieser Stelle nutzen, um im Rahmen der Öffentlichkeit, die eine solche Plenarsitzung hat, auf dieses Anliegen aufmerksam zu machen.

[Sven Rissmann (CDU): Welche Öffentlichkeit?]

Das könnte Ihnen, wenn Sie sagen, dass das eine tolle Idee ist, ja recht sein, dass die Berlinerinnen und Berliner

erfahren, dass es im Land Berlin eine Opferschutzambulanz geben soll.

Dann kommen wir noch genau dazu, dass Sie sagen, diese Opferschutzambulanz sei schon eingestellt. Ich habe Sie vorhin schon einmal auf Berechnungen der Charité hingewiesen, dass eine Fachärztin und eine Sekretärin an dieser Stelle 158 000 Euro im Jahr kosten würden. Das heißt, im aktuellen Haushaltsplan wird es so sein, dass eben nur diese Facharztstelle knapp finanziert ist und Sie dann die Person, die für einen Teil der Arbeit, damit das dort funktionieren kann, auch eingestellt werden müsste, nicht eingestellt werden kann. Dann passiert genau das, was ich vorhin schon erwähnt hatte, dann wird gesagt, Berlin hat eine Opferschutzambulanz, eine Gewaltschutzambulanz für die Betroffenen von Sexualstraftaten, und wir haben gar keine. Das ist dann ein Etikettenschwindel. Das können wir ja gerne bei Bauprojekten und sonst wo machen, aber bei dem Thema fände ich doch ein bisschen schade, um mal ganz vorsichtig zu sein.

Was Ihre Einlassungen angeht, von wegen, hätten Sie den Haushaltsplan gelesen, dann –, aber Sie haben ja ein paar Senatoren im Senat. Das ist doch eine gute Einstellung. Dann sollen die das demnächst einfach immer sagen, wenn es hier um Anträge und sonst irgendwas geht: Hätten Sie den Haushaltsplan gelesen, hätten Sie den Antrag nicht stellen müssen. – Dann können wir uns eine Reihe von Debatten in diesem Haus sparen und alle zwei Jahre einmal Plenum machen. Das kommt ja diesem Gedanken des Halbtagsparlaments auch entgegen. Sie haben eine Mehrheit in diesem Haus. Das können Sie ja gern irgendwie verändern. – Aber noch mal zur Sache: Mit dem Geld, das Sie in den Haushaltsplan eingestellt haben, wird es nicht funktionieren, insbesondere nicht 24 Stunden am Tag sieben Tage die Woche. Ich glaube – das sagen CDU-Innenpolitiker ja auch ganz gerne –: Das Verbrechen schläft nicht.

[Beifall bei den PIRATEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Lauer! – Herr Rissmann, Sie möchten replizieren. Bitte sehr!

Sven Rissmann (CDU):

Frau Präsidentin! Herr Lauer! Es ist ja Wahlkampf, darum zitiere ich erstens Peer Steinbrück: Hätte, hätte, Fahrradkette!

[Oliver Höfinghoff (PIRATEN): Hat doch der Kohlmeier schon gemacht, meine Güte! –
Beifall von Sven Kohlmeier (SPD)]

– Hat er schon? Da sehen Sie mal, wie gut wir uns ergänzen! – Zweitens: Sie haben offenbar nicht verstanden, wie es geht. Sie haben etwas von der Charité aufgegriffen,

(Sven Rissmann)

haben es in Antragsform gebracht und dabei übersehen, dass es bereits in der Mache ist, dass es bereits vorgesehen ist, dass es bereits im Haushalt abgebildet ist. Das wollen Sie jetzt überdecken, indem Sie Ihre dritte Kurzintervention machen. Besser wird es dadurch nicht.

Und noch mal: Wenn Sie der Meinung sind, dass 110 000 Euro nicht ausreichend sind, dann müssen Sie im Rahmen der Haushaltsplanberatungen einen Änderungsantrag einbringen und einen Mittelansatz formulieren, der aus Ihrer Sicht auskömmlich ist. In der Sache ist die Einrichtung einer Opferschutzambulanz unstrittig. Sie ist offenbar von der Senatsverwaltung für Justiz vorgesehen und nachlesbar im Haushaltsplanentwurf, der schon seit vielen Wochen vorliegt. Insofern ist das hier eine unnötige Beschäftigung, und Sie dürfen gern zur Kenntnis nehmen, dass ich Ihren Antrag als vollkommen überflüssig erachte. – Danke!

[Beifall bei der CDU]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Rissmann! – Für die Linksfraktion hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Dr. Albers. – Bitte sehr!

Dr. Wolfgang Albers (LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ein Konzept zur Gewaltopferschutzambulanz gibt es in Berlin seit 2008. Das hat damals der neue Leiter der Gerichtsmedizin, Tsokos, mitgebracht. Die Kosten beliefen sich damals, berechnet für drei bis sechs Arztstellen, die man dazu braucht, auf etwa 500 000 Euro. 20 000 Euro waren für Sachkosten angesetzt, und 80 000 Euro sollte es kosten, diese Stelle in Berlin bekanntzumachen. Wir haben ein ähnliches Projekt – das ist schon erwähnt worden – in Hamburg, wir haben ein ähnliches Projekt in Bonn. Das sieht aber etwas anders aus als das, was die Piraten in ihrem Antrag formuliert haben. In Bonn haben Sie einen 24-stündigen Bereitschaftsdienst, der Telefongespräche annimmt und ggf. dann auch intervenieren kann – Wartezeit bis zu zwei Tagen. Das Problem, das sich hier darstellt, ist in der Tat, dass Sie mit den 110 000 Euro, die Sie eingestellt haben, einen ersten Schritt machen. Aber das wird dem – deswegen ist der Antrag vielleicht nicht so überflüssig, wie Herr Rissmann meint –, was inhaltlich gemeint ist, bei Weitem nicht gerecht, denn mit den 110 000 Euro schaffen Sie es gerade, einen Facharzt und eine Sekretärin einzustellen. Den können Sie aber nicht 24 Stunden im Dienst lassen, und den müssen Sie auch in Urlaub schicken. Also ist allein von daher schon das Konzept zu hinterfragen. Ich bin gespannt, wie Sie uns im Ausschuss erklären werden, wie das funktionieren soll. Über den Sinn müssen wir uns hier nicht unterhalten.

Ich habe allerdings auch Probleme mit dem Antrag der Piraten, denn die Begrifflichkeiten gehen da manchmal

durcheinander, weil da auch von Versorgung und Behandlung die Rede ist. Das ist strikt zu trennen. Sie brauchen eine Anlaufstelle. Ob die zentral sein muss – da habe ich meine Zweifel. Dezentral wäre viel besser, weil die Leute natürlich bei schwereren Verletzungen z. B. ja zunächst einmal ins Krankenhaus kommen, das Primat auf der medizinisch notwendigen Versorgung liegt und die Spurensicherung möglicherweise in den Hintergrund zu treten hat. Deswegen muss man über den dezentralen Aspekt natürlich auch diskutieren. Grundsätzlich ist die Idee in Ordnung, aber Behandlung und Therapie muss man davon trennen, denn eine zentrale Anlaufstelle für alle Gewaltopfer in Berlin zu schaffen inklusive Behandlung, ist einfach nicht machbar. Nach Ihren Zahlen, die Sie genannt haben, sind es 17 700 Fälle, mit denen man im Jahr rechnen muss. Das sind dann 48,5 Fälle pro Tag, zwei Fälle pro Stunde. Das werden Sie in einer zentralen Anlaufstelle bei Weitem nicht bewältigen können. Da ist der dezentrale Ansatz der einzig richtige. Aber über die Details können wir im Ausschuss gern diskutieren. – Danke!

[Beifall bei der LINKEN und den PIRATEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Dr. Albers! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es wird die Überweisung des Antrags federführend an den Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Verbraucherschutz, Geschäftsordnung und mitberatend an den Ausschuss für Arbeit, Integration, Berufliche Bildung und Frauen und an den Ausschuss für Gesundheit und Soziales empfohlen. Gibt es hierzu Widerspruch? – Ich stelle fest, das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir so.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 5.2:

Priorität der Fraktion der SPD

Tagesordnungspunkt 8

**Mindestlohngesetz für das Land Berlin
(Landesmindestlohngesetz)**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU

Drucksache [17/1152](#)

Erste Lesung

Ich eröffne die erste Lesung. Ich habe den Antrag vorab federführend an den Ausschuss für Arbeit, Integration, Berufliche Bildung und Frauen und mitberatend an den Ausschuss für Wirtschaft, Forschung und Technologie und an den Hauptausschuss überwiesen und darf hierzu Ihre nachträgliche Zustimmung feststellen. Für die Beratung steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von bis zu fünf Minuten zur Verfügung. Es beginnt die Fraktion der SPD. Das Wort hat die Frau Abgeordnete Monteiro. – Bitte sehr.